

Fördern öffentliche Rauchverbote auch ein rauchfreies Zuhause?

Autor(en): **Mons, Ute**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **SuchtMagazin**

Band (Jahr): **38 (2012)**

Heft 3-4

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-800451>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Fördern öffentliche Rauchverbote auch ein rauchfreies Zuhause?

Ziel von Rauchverboten in öffentlichen Räumen ist der Schutz von Nichtrauchenden vor den Gesundheitsgefahren durch Passivrauchen. Kritische Stimmen argumentieren allerdings, dass solche Rauchverbote auch eine gegenteilige Wirkung haben könnten, nämlich eine Zunahme der Tabakrauchbelastung zuhause, wenn durch öffentliche Rauchverbote das Rauchen vermehrt ins Private verlagert wird. Tatsächlich ist aber genau das Gegenteil der Fall.

Ute Mons

M.A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ), Im Neuenheimer Feld 581, D-69120 Heidelberg, Tel. +49 (0)6221 42 1344, u.mons@dkfz.de

Schlagwörter:

Nichtraucherschutz | Rauchverbot | Passivrauchen | rauchfreies Zuhause |

Hintergrund

Rauchverbote an Arbeitsplätzen und in öffentlichen Räumen sollen Nichtrauchende vor den gefährlichen Schadstoffen des Tabakrauchs wirksam schützen. KritikerInnen von Rauchverboten in öffentlichen Räumen und in der Gastronomie argumentieren jedoch, Rauchverbote könnten dazu führen, dass zwar die Tabakrauchbelastung in diesen Räumen reduziert wird, Rauchende aber dafür zuhause mehr rauchen. Durch eine solche Verlagerung würde die Tabakrauchbelastung in privaten Räumen ansteigen, und nichtrauchende Familienmitglieder wären verstärkt durch Passivrauchen belastet.¹ Insbesondere Kleinkinder wären dabei die Leidtragenden, da sie viel Zeit im elterlichen Haushalt verbringen und sich dem Tabakrauch am wenigsten eigenständig entziehen können.

Die Gegenhypothese geht hingegen davon aus, dass sich durch gesetzliche Rauchverbote die das Rauchen betreffenden Normen verändern: öffentliche Rauchverbote signalisieren eine schwindende Akzeptanz des Rauchens in Anwesenheit von Nichtrauchenden und könnten somit vielmehr dazu führen, dass auch in den Wohnräumen das Rauchen vermehrt eingeschränkt oder ganz untersagt wird.² Hierfür spricht auch, dass in vielen Studien ein langfristiger Trend zur Zunahme rauchfreier Wohnungen festgestellt werden konnte.³

Datenbasis der Untersuchung

Aus dem International Tobacco Control Policy Evaluation Project stehen Daten aus mehreren europäischen Ländern zur Verfügung, um diese konkurrierenden Thesen zu überprüfen.⁴ In Deutschland, Frankreich, Irland, Grossbritannien und den Niederlanden wurden kurz vor Einführung der dortigen Schutzgesetze repräsentative Stichproben von Rauchenden nach ihren Rauchregeln zuhause befragt und nach der Einführung der Gesetze mindestens ein weiteres Mal. Daher kann in diesen Ländern auf individueller Ebene nachvollzogen werden, welche Wirkung die Gesetze auf die Rauchregeln zuhause haben. Für Grossbritannien wurden zudem bereits

vor Einführung der gesetzlichen Rauchverbote mehrere Befragungen durchgeführt. Das ist deshalb von grosser Bedeutung, weil die Rauchverbote in den verschiedenen Ländern Grossbritanniens in unterschiedlichen Jahren eingeführt wurden. Während in Schottland zum Zeitpunkt der zweiten Befragung bereits ein gesetzliches Rauchverbot herrschte, war dies in England, Wales und Nordirland erst bei der dritten Befragung der Fall. Aus wissenschaftlicher Sicht ist dies ein Glücksfall, da Grossbritannien so für die anderen Untersuchungsländer als Vergleichsland dienen kann, weil sich dort die Entwicklung häuslicher Rauchregeln in einem Zeitraum ohne gesetzliche Rauchverbote abbilden lässt.

Entwicklung der häuslichen Rauchverbote nach Einführung gesetzlicher Rauchverbote

Irland führte im März 2004 ein umfassendes nationales gesetzliches Rauchverbot an allen Arbeitsplätzen einschliesslich der Gastronomie ein und war damit weltweit das erste Land, das einen solchen Schritt wagte. Nur etwa 17% der irischen Rauchenden lebte vor Einführung des gesetzlichen Rauchverbots an allen Arbeitsplätzen in einem komplett rauchfreien Haushalt. Dieser Anteil veränderte sich nach der Einführung zunächst nur geringfügig, stieg kurze Zeit später aber auf etwa 22% deutlich an.

In Frankreich wurde zunächst im Februar 2007 ein Rauchverbot in öffentlichen Räumen eingeführt, das im Januar 2008 auch auf die Gastronomie ausgeweitet wurde. Hatten vor Einführung der Rauchverbote noch 23% der französischen Rauchenden das Rauchen

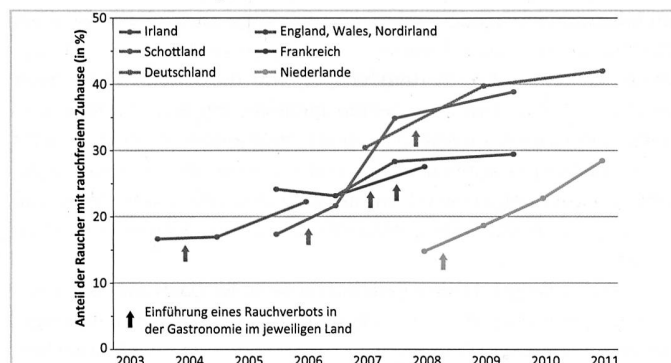


Abb. 1: Entwicklung des Anteils der Rauchenden mit rauchfreiem Zuhause.

zu Hause vollständig untersagt, so waren es nach Einführung der Gesetze 28%.

In Deutschland war bereits vor Einführung der einzelnen Landesgesetze 2007/2008, die – wenn auch zum Teil mit Ausnahmen – das Rauchen in öffentlichen Einrichtungen und in der Gastronomie verbieten, der Anteil der Rauchenden mit häuslichen Rauchverboten mit 30% vergleichsweise hoch. Dennoch stieg nach Einführung der Gesetze der Anteil noch einmal deutlich an, auf 40% im Jahr 2009. In der Folge zeichnete sich noch ein weiterer leichter Anstieg ab.

In den Niederlanden zeigte sich vor der Einführung des gesetzlichen Rauchverbots in der Gastronomie (mit Ausnahmen) im Juli 2008 der vergleichsweise niedrigste Anteil der Rauchenden mit häuslichen Rauchverboten (15%). Doch auch hier gab es in der Folge eine deutliche Zunahme auf zuletzt 28%.

Interessant ist nun das Beispiel Grossbritannien. In Schottland wurde im März 2006 ein umfassendes gesetzliches Rauchverbot an allen Arbeitsplätzen – einschliesslich der Gastronomie – eingeführt, während in den anderen britischen Ländern noch kein solches Verbot galt. In Schottland stieg der Anteil der häuslichen Rauchverbote bei Rauchenden nach der Einführung des gesetzlichen Rauchverbots deutlich an (von 17 auf 22%), während in den anderen britischen Ländern der Anteil sogar leicht sank (von 24 auf 23%). Als nun auch dort im April (Wales und Nordirland) bzw. Juli (England) 2007 ein umfassendes gesetzliches Rauchverbot eingeführt wurde, stieg der Anteil der häuslichen Rauchverbote auch in diesen Ländern deutlich an (auf 28%), während sich der Anstieg in Schottland zunächst sogar noch beschleunigte (auf 35%).

Während bereits die grafische Darstellung (Abb. 1) darauf hindeutet, dass zumindest in den hier untersuchten Ländern Rauchende infolge gesetzlicher Rauchverbote vermehrt ein rauchfreies Zuhause einrichten, lässt sich dies auch statistisch belegen.⁵ So stieg der Anteil von Rauchenden mit häuslichen Rauchverboten in allen Ländern nach Einführung gesetzlicher Rauchverbote signifikant stärker an, als in Grossbritannien (ohne Schottland) in einem Vergleichszeitraum ohne gesetzliche Rauchverbote. Nimmt man eine prinzipiell analoge Gesetzmässigkeit in allen untersuchten Ländern an, so deuten diese Befunde auf eine kausale Wirkung der gesetzlichen Rauchverbote auf den Anteil häuslicher Rauchverbote hin.

Einflussfaktoren auf die Einführung häuslicher Rauchverbote

Im Rahmen der Studie konnten ausserdem verschiedene weitere Faktoren identifiziert werden, die die Bereitschaft von Rauchenden, ein häusliches Rauchverbot einzurichten, beeinflussen.⁶ Wenig überraschend ist, dass ein Rauchstopp häufig dazu führte, dass fortan in den entsprechenden Haushalten gar nicht mehr geraucht werden durfte. Betrachtet man nur die Gruppe der kontinuierlichen Rauchenden über die Zeit, dann zeigte sich jedoch, dass bereits eine erhöhte Bereitschaft zum Rauchstopp mit der Einführung eines häuslichen Rauchverbots assoziiert ist. Zuhause das Rauchen selbst einzustellen und anderen zu untersagen, könnte somit eine Strategie darstellen, einen Rauchstopp vorzubereiten. Eine Strategie, die durchaus erfolgversprechend ist, denn in rauchfreien Haushalten lebende Rauchende haben höhere Erfolgsraten, wenn sie einen Rauchstopp versuchen.⁷

Lebten kleine Kinder im Haushalt, so war die Wahrscheinlichkeit deutlich erhöht, dass Rauchende zu Hause ein Rauchverbot einführten. Der Zusammenhang ist deutlich: Je jünger die Kinder, desto höher die Wahrscheinlichkeit. Wurde ein Kind im Untersuchungszeitraum geboren, so wurde in diesen Haushalten fast siebenmal häufiger ein Rauchverbot eingerichtet, als in Haushalten ohne Kinder.

Rauchende, die gesetzliche Rauchverbote in der Gastronomie befürworteten, richteten auch eher ein privates Rauchverbot in den eigenen vier Wänden ein. Dies könnte auf einen Wirkmechanismus hindeuten: Wenn sich durch gesetzliche Rauchverbote gesellschaftliche Normen ändern, dann verändern sich individuelle Einstellungen und

Verhalten.⁸ Auch das Wissen, dass Tabakrauch für Nichtraucherde schädlich ist, beeinflusste die Entscheidung zum Rauchverbot zu Hause positiv.

Ältere und stärker abhängige Rauchende machten hingegen seltener ihr eigenes Zuhause rauchfrei, da es dieser Gruppe vermutlich schwerer fällt, ein über lange Jahre etabliertes Verhalten zu ändern.

Diskussion und Fazit

Die Ergebnisse zeigen, dass es weder in Deutschland, noch in den anderen untersuchten Ländern durch die Einführung gesetzlicher Rauchverbote zu einer Verlagerung des Rauchens in den privaten Raum gekommen ist.⁹ Vielmehr deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Rauchverbote in der Gastronomie Rauchende zur Einführung privater Rauchverbote motiviert haben. Unklar ist allerdings der Wirkmechanismus. Zum einen könnten die Gesetze zum Schutz der Nichtraucherde zu einer Veränderung der Normen vom Rauchen in geschlossenen Räumen geführt haben, die auch Verhaltensveränderungen im privaten Raum begünstigen. Zum anderen könnten Kampagnen und die Berichterstattung in den Medien zur Aufklärung und zunehmenden Wahrnehmung von Passivrauchen als Gesundheitsrisiko beigetragen haben. In jedem Fall wird deutlich, dass politische EntscheidungsträgerInnen nicht befürchten müssen, dass gesetzliche Rauchverbote am Arbeitsplatz oder in der Gastronomie zu unerwünschten Nebenwirkungen im Sinne einer erhöhten Tabakrauchbelastung von Familienmitgliedern führen. Eher das Gegenteil scheint der Fall. ●

Literatur

- Borland, R./Yong, H.H./Cummings, K.M./Hyland, A./Anderson, S. et al. (2006): Determinants and consequences of smoke-free homes: Findings from the International Tobacco Control (ITC) Four Country Survey. *Tobacco Control* 15(Suppl.3): 42-50.
- Farkas, A.J./Gilpin, E.A./White, M.M./Pierce, J.P. (1999): Association between household and workplace smoking restrictions and adolescent smoking. *Journal of the American Medical Association* 284(6): 717-722.
- Levy, D.T./Romano, E./Mumford, E.A. (2004): Recent trends in home and work smoking bans. *Tobacco Control* 13(3): 258-263.
- Mills, A.L./Messer, K./Gilpin, E.A./Pierce, J.P. (2009): The effect of smoke-free homes on adult smoking behavior: a review. *Nicotine & Tobacco Research* 11(10): 1134-1141.
- Mons, U./Nagelhout, G.E./Allwright, S./Guignard, R./van den Putte, B./Willemssen, M.C./Fong, G.T./Brenner, H./Pötschke-Langer, M./Breitling, L.P. (2012a): Impact of national smoke-free legislation on home smoking bans: findings from the International Tobacco Control Policy Evaluation Project Europe Surveys. *Tobacco Control* (im Druck).
- Mons, U./Nagelhout, G.E./Guignard, R./McNeill, A./van den Putte, B./Willemssen, M.C./Brenner, H./Pötschke-Langer, M./Breitling, L.P. (2012b): Comprehensive smoke-free policies attract more support from smokers in Europe than partial policies. *European Journal of Public Health* 22(Suppl.1): 10-16.
- Scollo, M./Lal, A. (2008): Summary of Studies Assessing the Economic Impact of Smoke-Free Policies in the Hospitality Industry. Carlton, Australia: VicHealth Centre for Tobacco Control.
- Shields, M. (2008): Smoking bans: Influence on smoking prevalence. *Health Reports* 18(3): 9-24.
- Szabo, E./White, V./Hayman, J. (2006): Can home smoking restrictions influence adolescents' smoking behaviors if their parents and friends smoke? *Addictive Behaviors* 31(12): 2298-2303.

Endnoten

- 1 Vgl. Borland et al. 2006.
- 2 Vgl. Ebd.
- 3 Vgl. Levy et al. 2004; Shields 2007.
- 4 Vgl. für weitere Details zur Studie, zu den Datengrundlagen und zur Methodik Mons et al. 2012a.
- 5 Vgl. für Details zu den Befunden multivariater Analysen Mons et al. 2012a.
- 6 Vgl. hier und im Folgenden Mons et al. 2012a.
- 7 Vgl. Mills et al. 2009.
- 8 Vgl. zur kausalen Wirkung von öffentlichen Rauchverboten auf gesellschaftliche Normen und individuelle Einstellungen Mons et al. 2012b.
- 9 Die Verlagerungshypothese beruht im Übrigen auf der Annahme, dass Rauchende nicht mehr oder zumindest in wesentlich geringerem Ausmass in Gaststätten gehen, wenn ihnen dort das Rauchen verboten wird. Diese Annahme lässt sich durch die Befunde zahlreicher internationaler Studien widerlegen, die gezeigt haben, dass Rauchverbote allenfalls kurzfristige Rückgänge der Gäste- und Umsatzzahlen zur Folge haben (vgl. Scollo/Lal 2008).
- 10 Vgl. Farkas et al. 2000; Szabo et al. 2006.